

Beitritt zur Initiative Lieferkettengesetz



Beitritt zur Initiative Lieferkettengesetz

Die CAJ Deutschland tritt der Initiative Lieferkettengesetz bei und stellt folgende Forderungen an die Bundesregierung und den Bundestag:

1. Die Bundesregierung muss sich für ein starkes EU weites Lieferkettengesetz im europäischen Parlament einsetzen. Das Gesetz kann die Mängel des deutschen Lieferkettensorgfaltspflichtgesetz aushebeln und zu strikteren Regelungen führen
2. Die Einhaltung menschenwürdiger und umweltfreundlicher Handelsbedingungen darf nicht länger von der Freiwilligkeit der Wirtschaftsunternehmen abhängig sein. Die Transparenz der Lieferketten muss daher eine Pflicht sein.
3. Unternehmen müssen unter Einhaltung strikter Kontrollkriterien für ihre gesamte Lieferkette nachweisen, dass sie frei von Menschenrechtsverletzungen sind. Auch der Schutz der Umwelt muss durch nachweisbare Maßnahmen gewährleistet werden. Für Unterlassung oder Vernachlässigung muss das Unternehmen haftbar sein und einfach angeklagt werden können
4. Der Entwurf des EU-weiten Gesetz umfasst nur eine geringe Anzahl an Unternehmen (1% der Unternehmen in der Europäischen Union). Die Anzahl muss erhöht werden, um sicherere Lieferketten zu gewährleisten.
5. Das deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtgesetz darf kein verwässerter Platzhalter in unserem Rechtskatalog sein. Das Gesetz muss ein starkes Signal auch an andere Staaten sein. Deutsche Unternehmen müssen sich ihrer Verantwortung stellen und Nachbesserungen vornehmen. Im Handel muss Deutschland ein starker Partner für den Kampf gegen Unterdrückung und für den Schutz unseres Lebensraums sein.